

# Vossische



# Zeitung

10 Pfennig

Geprubet

1704

Mit

Kurzzeitel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Verlagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Red. (im Assn. d. Handelsl.): I. V. Dr. Sven v. Müller, Hrn. Uev. Manuskr. werden nur zuruckgen., wenn Porto beiliegend.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstrae 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3900-3905, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3966-3968. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

## Buschs Erben gegen Buschs Ehre

### Der Kampf um das Geld

Dem Tode des Stadtrats Busch folgt ein Nachspiel, das das größte Aufsehen erregen muß. Es werden Stadträtinnen vertreten, die darauf hinwirken, daß seine Erben, um sich in den Besitz des Nachlasses zu setzen, jetzt Behauptungen aufstellen, die in höchstem Mae gegen die Buschs Erben gerichtet sind.

Das Kernstück seiner Verteidigung war stets die Behauptung gewesen, daß der Holländer Zutti niemals ein „Strohmann“ gewesen sei, daß insbesondere die Gelder, die Zutti empfangen habe, diesen geführt hätten und nicht etwas von ihm nur in Empfang genommen worden seien, um die wahre Adresse, eben Busch selbst, zu entdecken. Rummeln werden Mitteilungen vertreten, wonach die Erben des Busch, die bisher auf Zuttis Namen liefen, sich in Anspruch nehmen. Auch wenn wir von weitergehenden Mitteilungen, die in der Deffentlichkeit verbreitet werden, absehen, bleibt die folgende Nachricht übrig:

Buschs Erben haben Zutti in einem Briefe aufgefordert, sofort die an verschiedenen Stellen unter seinem Namen bezogenen Gelder für die Erben Buschs freizugeben, weil diese Beträge in Zuttis Briefe gehört hätten. Da es nun ziemlich zweifellos ist, daß diese Beträge mindestens zum Teil aus Zuttis Konten stammen, die anfänglich der Grundbesitzer des Stadt an Zutti gegeben worden sind, kann man diese Stellungnahme der Erben kaum anders deuten, als daß sie jetzt ausgeben wollen, Busch sei in Macht der Empfänger der Provisionen gewesen.

St die Zeitung richtig, so würde sie besagen, daß Buschs Erben es sind, die den letzten Zweifel an seiner Schuld zerstreut haben. Die öffentliche Meinung brauchte gewiß nicht mehr zu tun, um sich übers Buschs Schuld klar zu werden. Nach dieser Vorgang erläßt sich jede weitere Erörterung.

Der Vorgang ist natürlich leicht zu erklären. Zivilrechtlich haben Buschs Erben ein dringendes Interesse daran, etwaige Scheineindeutigkeiten zu zerstreuen. Aber mit diesen Scheineinreden wird auch die

letzte Illusion für Buschs Ruf zerstret. Man kann sich vielleicht auf den Standpunkt stellen, daß dies eine private Angelegenheit von Buschs Erben sei. Wenn es aber richtig ist, wie in einzelnen Blättern behauptet wird, daß auch der bisherige Vertreter Buschs, Dr. Feinrich Berthauer, sich zum Spruchzweck dieser neuen Dar-

stellung der Erben gemacht habe, dann würde eine Nachprüfung dieses Vorgangs unter dem Gesichtspunkte der Währung der Anwaltspflichten notwendig sein.

Die wichtigste Pflicht, die der Anwalt gegenuber seinem Mandanten hat, ist die, ihm die Treue zu bewahren, auch über den Zeitpunkt hinaus, in dem das Mandat erloschen ist, auch über den Tod des Auftraggebers hinaus. An der Wahrung dieser Treuepflicht müssen seine ernsthaften Zweifelsfragen aufhören, wenn es richtig ist, daß der bisherige Vertreter Buschs nunmehr einen Standpunkt einnimmt, der mit der bis zuletzt aufrechterhaltenen Verteidigung des Verstorbenen nicht in Einklang gebracht werden kann.

## Einsturzkatastrophe in Genua

Ein Auswandererhaus in Trummern / Mehrere Tote, 50 Verletzte  
140 Personen vermisst / Rettungsarbeiten werden eingeleitet

Genua, 3. Juni / Ullstein-Nachrichtendienst

Das internationale Auswandererheim im Hafen von Genua ist heute nacht fast vollständig eingestürzt und hat zahlreiche Auswanderer unter seinen Trummern begraben. Mehrere Tote und über 50 Verletzte konnten geborgen werden. 40 Personen befinden sich noch unter den Trummern.

Das Heim war ein großes funfstockiges Gebäude in der Nähe des Hauptbahnhofs, das etwa 300 Auswanderern Obdach bot. Als sich gestern abend die ersten zur Nacht gebend hatten, stürzte die Decke des Schlafsaales in der dritten Etage ein und verurteilte einen Teil der sich dort Aufhaltenden. Durch das gewaltige Geräusch erschreckt, flohen die übrigen ins Freie. In wenigen Minuten waren Feuerwehre, Feuerwehr, Polizei und Marinen zur Stelle, um Rettungsmanahmen einzuleiten. Gerade als sie den unteren Teil des Schlafsaales haben wollten, erfolgte ein zweiter Einsturz, durch den das ganze Haus in Trummer gelegt wurde.

Nur die Grundmauern blieben stehen. Zunächst erfolgte eine unabhangrugliche Staubeckung des großen Schuttplatzes. Erst nach weiteren Beratungen getroffen, um die Beratungen zu retten. Dabei wurden der Kommandant der Feuerwehr von Genua, Ingenieur Bolando, und fünf von den Rettungsmanuskripten verletzt. Es gelang allmählich, an die Verletzten heranzukommen, und es wurden nach und nach 50 Verletzte und mehrere Tote geborgen. Die ganze Nacht über erfolgte das Stuhnen der Verletzten und ihre Pflege in arabischer und französischer Sprache die Umgebung. Heute morgen sind Rettungsarbeiten eingeleitet worden, weil auch den Grundmauern der Einsturz droht. Die Nachbargebäude wurden geräumt, darunter auch eine Karabinier-Kaserne.

Die Opfer des Unglücks sind vorwiegend armenische, arabische, polnische und jüdische Auswanderer. Die Leberlebenden wurden mit Gewalt von der Unglucksstatte entfernt, um neue Opfer zu vermeiden.

## Unabhängigkeit für die Philippinen

U. S.-Senat befürwortet Gesetzvorlage / Funfsjahrige Versuchsperiode

### „Amerikas verpfandenes Wort“

New York, 3. Juni / Ullstein-Nachrichtendienst

Dem Vorschuss des Senats in Washington ist von seinem Kolonialkomitee mit ausdrücklicher Befürwortung eine Gesetzesvorlage zugegangen, die die Unabhängigkeitserklärung der Philippinen enthält und die Regelung eines unfsjahrigen vom jetzigen Regime zur völligen Selbstverwaltung vorsieht. Begründet wird die Einbringung des Gesetzes mit der moralischen Verpflichtung, die Amerika eingang, als es im spanisch-amerikanischen Krieg den Philippinen die Unabhängigkeit versprochen und dieses Versprechen von Zeit zu Zeit, zuletzt noch durch Präsident Woodrow Wilson, wiederholt, und mit der Befreiung des amerikanischen Vorkrieges im fernem Osten, falls das Versprechen nicht eingetruft würde.

Einen gewissen Grad der Selbstverwaltung ist den Philippinen schon vor Jahren in Bezug auf die internen Angelegenheiten der Inseln zugebilligt worden. Das gewählte Parlament hat weitgehende gesetzgebende Rechte. Jetzt soll die Selbstverwaltung auch auf die externen Rechte ausgedehnt werden und zwar vorläufig für einen Zeitraum von fünf Jahren. Nach Ablauf dieser fünf Jahre soll eine allgemeine Abstimmung der Bevölkerung über die endgültige staatliche Zukunft des Inselreichs entscheiden.

Das Versprechen war von Anfang an an die Bedingung geknüpft, daß die Philippinen einen Grad von personlicher, juristischer und finanzieller Selbstständigkeit er-

reichen, die Voraussetzung für staatliche Selbstständigkeit ist. Diese Voraussetzung wurde noch zu leugnen, würde amerikanischerseits das Eingeständnis bedeuten, daß 30 Jahre juristischer und finanzieller Erziehung durch die amerikanische Demokratie bei einem so intelligenten Volk wie die Philippinen verfehlt gaibe.

Auch hier verlangt das Versprechen, verlangen aber auch die tatsächlichen Verhältnisse, die Anerkennung der eigenen Leistung dadurch, daß der Vormund sein Mündel nunmehr für mündig erklärt.

## Aufstand in Nordforea

### Kommunistische Umtriebe

London, 3. Juni / Ullstein-Nachrichtendienst

„Egmond Telegraph“ meldet aus Oslo, daß dort sehr bedeutende Meldungen vorliegen, wonach ein großer kommunistischer Aufstand in Nordforea an der mandatschweren Grenze entstehen sein soll. Die Regierung, die keine näheren Angaben macht, behauptet, daß sie die Lage dort „nollig beruhigt“ sei.

Wieweit der forenische Aufstand wirklich auf kommunistische Umtriebe zurückzuführen ist, steht dahin. Hier verquicken sich jedoch, wie in ganz Norwegen, nationale Bewegungen mit wirtschaftlichen Kräften, die für die Moskauer Pro-

paganda vorläufig einen guten Boden abgeben. Die Foreaner haben die japanische Besatzung stets abgelehnt, sie waren aber mit zu schwach, um sich ernsthaft dagegen auflehnen zu können. Es ist wahrheitsfahlich, daß die nationale Welle, die heute über ganz Norwegen geht, auch die Foreaner erfasst hat. Für Japan handelt es sich dabei um eine existenzielle Frage, da Korea die Brücke zur Mandatschweren bildet. In den dort wirtschaftlichen und industriellen Interessen Japans veranlagt sind.

### Bauern-Unruhen in Indochina

Paris, 3. Juni / Ullstein-Nachrichtendienst

Nach dem „Matin“ ist es in Indochina zu einer neuen großen Bauernbewegung gekommen. Ein Zug von fast 1000 Bauern, an ihrer Spitze zahlreiche Frauen und Kinder mit roten Bändern und Sonnen-Regenschirmen, zog für die Stadt Vinh-Tong bei Saigon. Volksgruppenleiter und Mitgliedslisten waren gezwungen, mit Kolbenheften gegen die unbewaffnete Bauernschaft vorzugehen. Unter den Verhafteten befinden sich mehrfach vorbestrafte politische Agitatoren.

Immer deutlicher wird das Leberatreifen der russisch-revolutionären Propaganda, die in Korea, Indochina, neben den Nationalisten arbeitet und neben den Terroristen (hinter denen fast nur Arbeiter leben) auch in das französische Kolonialgebiet, in dem es zwar eine eigene, von

### Mecklenburg-Strelitz bleibt selbstständig

Schwerin, 3. Juni / Ullstein-Nachrichtendienst

Die Anstufungsverhandlungen zwischen Mecklenburg-Strelitz und Preußen sind ins Stocken geraten. Es scheint, daß sich die Forderung auf finanziell günstige Abmachungen bei der juristischen Währung der Selbstverwaltung nicht vereinbaren läßt. Unter diesen Umständen wird sich weder im Landtag, noch in der Bevölkerung von Mecklenburg-Strelitz auch nur eine einfache Mehrheit für einen Staatsvertrag finden, der den Anschluss zum Ziel hat.

Ohne Zweifel haben die Ereignisse der Nachkriegsjahre im fernem Osten, das Erwachen des Nationalbewusstseins in China und Indien, die Entschandigung in der Philippinenfrage befeuert. Der Hinweis auf die Befreiung eines teils der Bevölkerung und mehrmals wiederholten Versprechen eines staatlichen Volk gegenuber zu verlieren haben, drückt eine weiße und schwache Leberlegung aus.